

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tagesblatt Riesa,
Hauptstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580
Einkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 16.

Dienstag, 20. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 24 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt tritt ein, wenn der Betrag vorräumlich durch Akte eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzeustraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

Fortsetzung der Wirtschaftsdebatte in Genf. — Aufhebung der Geheimhaltungen beschlossen.

Genf, 20. Januar.

Die Europäische Konferenz setzte gestern nachmittag die Aussprache über die Wirtschaftsfragen fort. Der norwegische Außenminister N o r w i e sprach sich im Sinne der Erklärungen von Colijn für eine Herabsetzung der Zölle aus. Der belgische Außenminister H y m a n s meinte, bei vielen Regierungen sei teilweise die Wahlpolitik schuld, wenn falsche Wege auf wirtschaftlichem Gebiete eingeschlagen würden. Diese Regierungen fühlten sich verpflichtet, in ihren Maßnahmen auf die Interessen von Sondergruppen Rücksicht zu nehmen, was für die Allgemeinheit die schädlichsten Wirkungen hätte. Er richtete an die anwesenden Außenminister einen Appell, auf ihre Handelsminister stärkeren Einfluss zu nehmen und wandte sich gegen die Präferenzliste der südeuropäischen Staaten. Diesen Ländern könne am besten durch verbesserte Produktions- und Verkaufsbedingungen geholfen werden. Der finnische Außenminister P r o t o p e übte scharfe Kritik an der Dumping-Politik dieser Staaten und behandelte in seinen Ausführungen u. a. die Schaffung einer internationalen Landwirtschaftsbank.

Nach der Heranziehung der Türkei und Anklagen

Genf, 20. Januar.

Die Kommission, die einen Vorschlag für die Beteiligung der europäischen Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes an den Arbeiten des europäischen Studienkomitees gemacht hat, hat diesen Vorschlag in Form folgender Entschlüsse der Vollversammlung der Europäischen Konferenz vorgelegt:

Im Hinblick auf die Resolution der Völkerbundsversammlung vom 17. September 1930 beschloß das Studienkomitee für eine Europäische Union die Weltwirtschaftspolitik zu studieren, soweit sie die europäischen Staaten gemeinsam angeht. Das Studienkomitee beschloß weiter, durch Vermittlung des Völkerbundes die Regierungen von Island, der Türkei und Sowjetrußland einzuladen, an diesen Studien teilzunehmen. — Diese Entschlüsse sind heute nachmittag in der Vollversammlung erörtert worden.

Aufhebung der Geheimhaltungen.

Genf. Die Vollversammlung am Montag schloß mit einer kurzen Aussprache. Henderson beantragte Aufhebung sämtlicher Geheimhaltungen und anschließende öffentliche Behandlung aller Fragen im europäischen Ausschuss. Der Ausschuss tagte seit Freitag offiziell in geheimen Sitzungen. Tatsächlich bringe die Presse aber nicht nur sämtliche Beschlüsse, sondern auch eine wortgetreue Wiedergabe der einzelnen Erklärungen. Unter diesen Umständen sei die Geheimhaltung im Ausschuss eine reine Farce. Er verlange gleiche Behandlung für alle.

Brund widersetzte sich auf energische und erklärte, als Präsident könne er die Aufhebung der Geheimhaltungen nicht zulassen. Auf Antrag Rottas beschloß der Ausschuss jedoch gegen Brund, in Zukunft keine Geheimhaltungen mehr abzuhalten und bereits am Dienstagvormittag in öffentlicher Sitzung den Vorschlag zur Teilnahme Anklagens und der Türkei zu erörtern.

Der Vorschlag der sechs Mächte erscheint in der Hinsicht äußerst bedenklich, als darin die Arbeiten des Völkerbundes ausschließlich auf wirtschaftliche Fragen festgelegt werden, während tatsächlich gegenwärtig bereits politische Fragen auf der Tagesordnung stehen und bei der Lage in Europa jederzeit die Behandlung politischer Fragen im Interesse einzelner Mächte, wie zum Beispiel Deutschlands, liegen könnten. Es muß abgewartet werden, ob der Vorschlag der sechs Mächte, der die Zustimmung des deutschen Ratismittgliedes gefunden hat, in der Vollversammlung des Ausschusses auf Widerstand stoßen wird.

Das Abrüstungsproblem vor dem Völkerbundsrat.

Genf. (Zusammenfassung.) Der Völkerbundsrat begann heute vormittag seine Beratungen über die Einberufung der Abrüstungskonferenz. Der Rat hat die Aufgabe, das Datum für diese Konferenz, die im Völkerbundsstatut vorgesehen und bisher immer wieder verschoben worden ist, festzusetzen.

Die heutige Sitzung begann mit dem Bericht des spanischen Gesandten in Paris, Ominones de Berra. Dieser Bericht enthält noch keine Angaben über das Datum und den Ort der Konferenz, sondern beschränkt sich auf eine kurze historische Darstellung über die bisherigen Arbeiten des Völkerbundes auf dem Gebiet der Abrüstung und insbesondere über die Ergebnisse des vorbereitenden Abrüstungsausschusses.

Henderson und Grandi vor dem Völkerbund.

Genf. (Zusammenfassung.) Der britische Außenminister Henderson sprach in seiner heutigen Rede im Völkerbundsrat zunächst der Vorbereitenden Abrüstungskommission seinen Dank für ihre Arbeiten aus. Die Pflicht, abzurufen, so fuhr er fort, sei weder der Kommission noch dem Rat, sondern allein den Regierungen auferlegt. Wenn das Gebot des Weltfriedens auf eine sichere und dauerhafte Grundlage gestellt werden solle, müsse der Völkerbund die Völker zu einem kühnen Schritte auf dem Wege der Abrüstung führen. Die Pflicht der Abrüstung ergebe sich ganz klar aus Artikel 8 des Völkerbundsstatutes, dem Versailler Vertrag, dem Vertrag von Locarno und aus allen Reden, die seit 1920 in Genf gehalten worden seien.

Alle Nationen seien nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch zur Abrüstung verpflichtet.

Die Mitglieder des Völkerbundes seien auch in ihrem eigenen Interesse zur Abrüstung verpflichtet. Die Welt leide unter einer schweren Krise, die zum größten Teil eine Folge des Krieges sei. Die Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte habe klar bewiesen, daß jedes Land, möge es nun Mitglied des Völkerbundes sein oder nicht, ein Interesse daran habe, sein Teil zur Verhütung von Kriegen beizutragen. Man mache vielfach den Einwand, daß die Abrüstung unzeitgemäß sei, da überall von Unruhen und von Kriegsgefahr gesprochen werde. Eine unmittelbare Kriegsgefahr bestehe zwar nicht, aber ein gefährliches Stadium der Abrüstungskonferenz würde zu einer Lage führen, die der von 1914 ähnlich sei. Es gebe Leute, die behaupten, daß man sich jetzt schon auf diesem gefährlichen Wege befinde, daß die Nationen wieder zu dem Vorkriegssystem der Militärallianzen zurückkehrten; das seien gefährliche Erwägungen. Nach seiner Meinung sei es unzulässig, heute einen Vertrag abzuschließen, der sich nicht völlig in das System der Völkerbundsverträge einfüge. Keine Regierung, so mächtig sie auch sei, dürfe es wagen, sich über den Völkerbund hinwegzusetzen.

Henderson richtete einen dringenden Appell an die Ratismittglieder, in ihrem eigenen Interesse alles zu tun, damit die Abrüstungskonferenz zu einem Erfolge führe.

Nach Henderson sprach der italienische Außenminister Grandi,

der u. a. erklärte, die grundsätzliche Auffassung der italienischen Regierung über die Frage der Abrüstung entspreche den Grundgedanken des Völkerbundes, dem Italien treu bleibe. Was die Beziehungen zwischen Sicherheit und Abrüstung angehe, so sei die Sicherheit zwar ein Element, dem man bei Festsetzung des Maßes der Abrüstung Rechnung tragen müsse, aber die Sicherheit sei nicht eine Vorbedingung für die Abrüstung. Der Rat habe die Pflicht, einen Termin für die Abrüstungskonferenz festzusetzen. Eine notwendige Verschiebung dürfe unter keinen Umständen erfolgen. Die Vollversammlung könne es nicht begreifen, daß, während Europa unter einer unerhörten Wirtschaftskrise leide, während Milliarden für Kriegsschäden und Reparationen auszugeben würden, während täglich Millionen von Arbeitslosen auf die Straße geworfen würden, der Völkerbundsrat nicht den Versuch lasse, die Abrüstungskonferenz einzuberufen. Diese Konferenz, die von ganz hervorragender Bedeutung sein werde, habe nicht nur die Aufgabe, die Militärkosten zu senken, sondern sie müsse den Frieden wahren, die Sicherheit schaffen, und zwar eine solche Sicherheit, die es Europa und der ganzen Welt ermögliche, das Friedensideal des Völkerbundes zu verwirklichen.

Curtius über den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage.

Genf. (Zusammenfassung.) Der deutsche Außenminister Dr. Curtius nahm heute Gelegenheit, um angesichts der Entscheidung, die der Völkerbundsrat zu treffen hat, nochmals vor dem Vorum des Rates die grundsätzliche Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage und insbesondere zu den Arbeiten des Völkerbundes auf diesem Gebiete darzulegen. Er dankte dem Berichterstatter und schloß sich dem Appell an, den vorher der britische Außenminister an die Regierungen gerichtet hatte.

Dr. Curtius führte lobend aus: Die wir in Deutschland den Konventionenentwurf selbst beurteilen, wissen Sie. Seit dem Inkrafttreten der Vorbereitenden Abrüstungskommission mühten wir mit jedem Jahre immer mehr zu erkennen, daß der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziele entfernte. Trotz all unserer Einwände wurde der Konventionenentwurf hinsichtlich der Landabrüstung Stück um Stück wesentliche Elemente beraubt, die zu einer wirklichen Abrüstung geführt hätten. Das Bild, das so entstand, läßt höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Rüstungsstandes hinaus, zum Teil würde es sogar noch eine Erhöhung dieses Rüstungsstandes erlauben. Daher hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter auf Befehl der deutschen Regierung klar von dem Programm der Mehrheit der Kommission los-

lösen müssen. Die Kommission ist schließlich soweit gegangen, bieten an sich völlig ungenügenden Entwurf auch noch von vornherein zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns verträglichsten auferlegten Entwurfsstandes. So war es selbstverständlich, daß wir das Ergebnis der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnten. Die kommende Konferenz wird nur dann annehmbare Resultate zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einsetzung von Ziffern geht, die jetzt vorgeschlagene Methode durchgreifend revidiert. Sie wird sich fern von den ersten Grundgedanken des Völkerbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder, zu eigen machen müssen und nicht Sicherheit gegen Unsicherheit stellen dürfen. Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Der Reichskanzler Hermann Müller hat 1928 in Genf ähnliches gesagt. Immer wieder hat die deutsche Regierung diesen Grundgedanken zu dem ihrigen gemacht, so im Sommer vorigen Jahres in ihrem Memorandum zur Pan-Europäerfrage. Graf Bernstorff hat noch vor 6 Wochen für Deutschland partielle Sicherheit verlangt. Ich billige und unterbreite keine Ausführungen ganz. Würde der Völkerbund diesen Grundgedanken preisgeben, würde er an seiner Aufgabe versagen, die darin besteht, durch Abrüstung allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen; er würde seine Friedensaufgabe verfehlen, sein eigenes Dasein erschüttern und seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Abrüstungspflicht, so werden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemandem kann mehr an Abrüstung gelegen sein, als dem deutschen Volke.

Beschlüsse des Verwaltungsrats der B33.

Basel. Der siebenten Sitzung des Verwaltungsrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, die gestern am Tage der Bank unter dem Vorsitz ihres aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Präsidenten MacGarrahd abgehalten wurde, wohnten die deutschen Verwaltungsratsmitglieder, Reichsbankpräsident Dr. Luther, Vizepräsident des Verwaltungsrats Dr. Weisner und Generaldirektor Dr. Kneiß bei. Der Verwaltungsrat gab seinem tiefen Bedauern über das Ableben des Gouverneurs der Bank von Italien, Siringer, Ausdruck und begrüßte den neuen Gouverneur, Agolini.

Hinsichtlich der Stabilisierung der spanischen Währung, über welche Frage bereits am Sonntag zwischen dem hier weilenden Gouverneur der Bank von Spanien, Bas, und den Notenbankpräsidenten ein Meinungsaustausch gepflogen worden war, hat sich der Verwaltungsrat über die technische Entwicklung der Transaktionen weiterhin unterrichtet und die Leitung der Bank ermächtigt, den Meinungsaustausch mit dem Gouverneur der Bank von Spanien fortzusetzen.

Des weiteren hat der Verwaltungsrat neuerdings Kenntnis genommen von dem Bericht des Ausschusses, der unter Leitung des Reichsbankdirektors Fuchs-Berlin für die Frage der Devisen- und Goldgeschäfte seinerzeit eingesetzt worden war. Für diese Frage ist durch die inzwischen erfolgte Entscheidung der Bank von Frankreich, nunmehr auch Standard-Gold entgegenzunehmen, eine wesentlich erleichterte Lage geschaffen worden, so daß die weitere Prüfung dieses Problems nunmehr fortgesetzt werden kann. Der Verwaltungsrat hat demgemäß beschlossen, die verschiedenen Zentralbanken zu veranlassen, ihren Konventionen soweit wie möglich die B33 als Zahlungsaufgabe zu bezeichnen, wenn sie Beträge aus internationalen Zahlungsbörsen oder Devisengeschäften von den Zentralbanken zu empfangen haben. Die B33 ihrerseits wird alle Informationen über die Bedingungen sammeln, zu denen Gold von den verschiedenen Zentralbanken gekauft wird. Sie wird auch einer weiteren Prüfung des Problems der Erleichterung des Zahlungsmittelumschlages die einzelnen Banken, die Golddepots im Ausland halten, bitten, ihr mitzuteilen, ob sie bereit sein würden, diese Depots gegen bei ihnen eingeliefertes Gold auszutauschen. Es soll so den Notenbanken, die Metallbewegungen vorzunehmen haben, die Möglichkeit gegeben werden, die Verlastkosten mit Hilfe des Austausches von Golddepots auf ein Minimum herabzusetzen. Aus den von der Bankseite vorgelegten Berichten über die von ihr als Treuhänderin für internationale Anleihen durchgeführten Geschäfte entnahm der Verwaltungsrat eine günstige Abwicklung des Dienstes dieser Anleihen.

Es herrscht Einmütigkeit im Verwaltungsrat darüber, daß die erste Generalversammlung der B33, die nach Abschluß des ersten Geschäftsjahres der Bank (31. 8. 1931) einberufen werden muß, möglichst bald nach diesem Zeitpunkt stattfinden soll. Für diese Generalversammlung haben nur die Zentralbanken Vertretungen und Stimmrecht, die sich an der Zeichnung des Kapitals beteiligen haben. Die letzte (achte) Sitzung des Verwaltungsrates der B33, findet in Basel am Montag, dem 9. Februar 1931, statt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hat gestern abend Basel verlassen.